ANTIBERLINER

Kampfblatt gegen den Hackeschen Markt // Nr. 2 // April 2005

2 60 Jahre nach dem deutschen Faschismus stehen immer noch einige Rechnungen offen

4 Die Elite. Studieren wird in näherer Zukunft nur für Menschen möglich sein, die es sich leisten können

8 From Protest to Resistance. ZSK – eine Skatepunkband will linke Inhalte bei viva und mtv

Hallo Berlin, liebe Antiberliner!

Hier ist sie nun die zweite Ausgabe des Antiberliners. Gefreut haben wir uns natürlich über die positiven Reaktionen auf das Erscheinen unserer ersten Ausgabe, aber ebenso bedanken wir uns bei denen, die uns hilfreiche Kritik und Anregungen geliefert haben ...spasibo!

Derzeit warten wir alle sehnsüchtig aufs Frühlingserwachen, welches in Berlin traditionell mit dem ersten Mai zu erwarten ist. Nachdem in Mailand und Barcelona in den letzten Jahren neue Formen des Maiprotestes stattfanden, will dieses Jahr auch die Linke in Hamburg das »Euromayday Event«-Konzept ausprobieren. Der »Euromayday« wird in verschiedenen europäischen Großstädten stattfinden, damit soll verdeutlicht werden, dass die derzeitigen gesellschaftlichen Probleme wie Prekarisierung in einem europäischen Zusammenhang stehen. Die ungerechte Verteilung des Reichtums hat zunehmend auch immer mehr Einfluss auf den Bildungsbereich, deshalb unserer Schwerpunktartikel »Delete the Elite«.

In Berlin wird es im ersten Sonnenmonat Mai vor allem um die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus gehen. Seit langem planen verschiedenste linke Initiativen unterschiedlichste Aktionen für diesen Tag, im Zentrum steht dabei für uns die grosse Bündnisdemonstration unter dem Motto: »Spasibo heisst danke! Kein Naziaufmarsch am 8.Mai! Gegen Faschismus, Militarisierung und deutsche Opfermythen!« Unserem Unmut über den geplanten Staatsakt am Brandenburger Tor, der sich in die derzeitige deutsche Erinnerungspolitik einreiht, widmen wir uns in dem Artikel »Offene Rechnungen«.

Erste Frühlingsgefühle sind schließlich beim Besuch des Konzerts der Skatepunkband ZSK Mitte April in Treptow zu erwarten, mehr zu ZSK und zu ihrer Tour mit den Toten Hosen in diesem Jahr im Interview mit Frontmann Joshi.

So long, Euer Antiberliner

Baskische Gefangene im Hungerstreik

Mitte März befanden sich rund 700 politische Gefangenen des baskisch/spanischen Konfliktes in einem zweiwöchigen Hungerstreik. Unter den Gefangenen, denen in der Regel Unterstützung der ETA vorgeworfen wird, sind neben Mitgliedern der kriminalisierten Jugendorganisation SEGI auch der Antifa-Aktivist Juan Ra aus Barcelona. Aufgrund der harten spanischen Repression sind derzeit mehr Basken aus politischen Gründen inhaftiert als unter der faschistischen Diktatur Francos.

- www.segi-gazte.com
- www.freejuanra.org

Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de
- Unterstützer: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider

Offene Rechnungen: Die deutsche Erinnerungspolitik

Spasibo. Rote Armee verteidigt erfolgreich Stalingrad 1943

Der 8. Mai – der Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus – steht für die militärische Zerschlagung und die bedingungslose Kapitulation des deutschen Reiches, das Ende der Barbarei in den deutschen Arbeits- und Vernichtungslagern, die Befreiung der Gefangenen und der ZwangsarbeiterInnen, die Beendigung des 2. Weltkrieges ... das Ende der Shoa

Gegenwärtig, spätestens seit den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, ist man medial damit konfrontiert, dass Deutschland sich auf vorbildliche Art und Weise seiner jüngsten Geschichte stellt: Das Berliner Mahnmal für die ermordeten Juden ist fertig gestellt, in einer politisch korrekten Rede vor der Knesset versicherte Bundespräsident Köhler »dass die Naziherrschaft ein nie auslöschbarer Teil der deutschen Geschichte« sei und Bundeskanzler Schröder verneigte sich bei der Gedenkfeier des Internationalen Auschwitz Komitees vor dem Überlebenden Kurt Julius Goldstein. Auch in der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung zur Erinnerungspolitik wird die bundesdeutsche Variante der Vergangenheitsbewältigung im Vergleich zu anderen diktatorischen Systemen hinsichtlich der Vollständigkeit als Musterbeispiel angeführt.

Blick hinter die Kulissen

Ein Blick hinter die Kulissen zeigt aber ein ganz anderes Bild auf.

Denn während die Berliner Republik sich mit ihrem Holocaustmahnmal rühmt, wird ignoriert, dass die meisten Gedenkstätten auf Betreiben der Überlebenden und nicht durch eine staatliche Initiative ab Mitte der sechziger Jahre entstanden sind. Wenngleich das Holocaustmahnmal fortan Bestandteil der stadtpolitischen Landschaft der Hauptstadt ist und damit ein unübersehbares und zumindest für diejenigen ein provozierendes Ärgernis darstellt, die von den deutschen Menschheitsverbrechen nichts mehr hören wollen. Erweckt es doch den falschen Eindruck, dass sich das heutige Deutschland seiner Geschichte stellt. Denn obwohl Gedächtnisorte einen wichtigen Bestandteil der Erinnerungskultur ausmachen, ist damit auch immer eine Funktionalisierung des Gedenkens verbunden, insofern an bestimmten Tagen, an bestimmten Orten, von bestimmten Leuten an bestimmte Opfer gedacht wird. Dies hat zum einen zur Folge, dass das Gedenken zu einem Ritual verkommt und die Erinnerung aus dem politischen Alltagsgeschäft ausgegrenzt wird. Zum anderen werden andere Opfergruppen aus dem Erinnerungskomplex nach wie vor weitgehend ausgeschlossen. Beispiel die KZ-Gedenkstätte Dachau: »Auf dem großen säkularen Mahnmal hier in der Gedenkstätte fehlen Häftlingsgruppen«, erklärt Peter Koch, Leiter der Bildungsabteilung der KZ-Gedenkstätte. Die Grünen, Schwarzen und Rosa Winkel, die so genann-

ten Berufsverbrecher, die angeblich Asozialen und die Homosexuellen tauchen dort nicht auf.

NS-Täter bestrafen

Stellt die Verfolgung und die Bestrafung der Täter ein wichtiges Faktum im erinnerungspolitischen Verständnis dar, so ist festzustellen, dass nur ein kleiner Teil der Hauptverantwortlichen des NS-Terrors sich jemals vor einem Gericht verantworten musste. Und viele, die sich während des deutschen Faschismus in ihren Funktionen in Justiz, Militär, Industrie und Politik schuldig gemacht hatten, konnten ihre Karriere nahtlos in den BRD-Institutionen fortsetzen. Bezeichnend ist, dass das eine letzte Initiative »Operation Last Chance« zur Suche nach NS-Verbrechern in Deutschland dann auch nicht von deutschen Institutionen, sondern von dem Simon-Wiesenthal-Center in Jerusalem und der Targum-Shlishi-Stiftung in Miami initiiert wurde. Die Organisationen gehen davon aus, dass Tausende an der Shoa Beteiligte bisher unbehelligt geblieben sind, wie der seit 1962 untergetauchte KZ-Arzt Aribert Heim (90). Der gebürtige Österreicher war Lagerarzt in Sachsenhausen, Buchenwald und Mauthausen, später Frauenarzt in Baden-Baden. Es ist davon auszugehen, dass dieser noch am Leben ist, da nach wie vor sein Vermögen von einer Million Euro bei einer Berliner Bank liegt.

Zwangsarbeiter entschädigen

Den Sinn des Vorzeigeprojektes der rotgrünen Bundesregierung, die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« zur Entschädigung der

Schröders zeigt seinen ganzen Stolz – Ehefrau und Vater

NS-ZwangsarbeiterInnen, definiert diese so: »Die Stiftung soll (...) ein abschließendes Zeichen für die umfassende Wiedergutmachung und Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland setzen. Die bisherigen Regelungen und Leistungen ergänzend, soll sie die Diskussion über weitere Maßnahmen beenden.« Damit erhalten die sich an der Stiftung beteiligenden deutschen Unternehmen, die bis heute von der mörderischen Ausbeutung der NS-Zwangsarbeiter profitieren, die langersehnte Rechtssicherheit vor eventuellen Klagen aus den USA. Während des Zweiten Weltkrieges wurden etwa 14 bis 15 Millionen Menschen nach Deutschland verschleppt und unter menschenunwürdigen Bedingungen zur Arbeit in deutschen Wirtschaftsunternehmen gezwungen – KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und Zivilpersonen. Allein im Flick-Unternehmen Daimler-Benz wurden in den Jahren 1940 bis 1944 insgesamt 23.733 Personen als Zwangsarbeiter, was einem Drittel der damals Beschäftigen entspricht, ausgebeutet. Generell ausgeschlossen von den Entschädigungszahlungen sind bisher die italienischen und sowjetischen Kriegsgefangenen. Und dies obwohl ab 1942 aufgrund fehlender Arbeitskräfte sowjetische Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie herangezogen wurden. Und ab 1943, nachdem Italien mit den Alliierten einen Waffenstillstand geschlossen hatte, auch italienische Soldaten zur Zwangsarbeit gezwungen wurden. Trotz dieser Fakten weigert sich die Bundesregierung, die sowjetischen und italienischen Soldaten für ihre Zwangsarbeit aus dem Stiftungsfonds zu entschädigen. Inzwischen wurde deswegen der europäische Gerichtshof für Menschenrechte angerufen, um den Opfern ihr spätes Recht zukommen zu lassen.

so what?

Wenn am 8. Mai die rotgrüne Regierung konsequenzlose Betroffenheitsdiskurse anführt, aus denen sich dann häufig ein selektives, segmentiertes und abstraktes Schuldanerkenntnis herausfiltern lässt, sollte spätestens der Fakt aufschrecken, dass die rotgrüne Regierung gerade dort aktiv wird, wo es sich weitgehend um eine kostengeringe Symbolpolitik handelt.

◆ Demo am 8.Mai 2005 in Berlin: »Spacibo heisst danke! Kein Naziaufmarsch am 8.Mai! Gegen Faschismus, Militarisierung und deutsche Opfermythen!« www.8-mai.antifaschistische-aktion.com

Broschüren der ALB und dem AIB zum 8.Mai

Im Gedenkjahr nehmen die Fernsehdokumentarserien zum Bombenkrieg überhand und es inszeniert sich der rechtsextreme Geschichtsrevisionismus im sächsischen Landtag. Das Antifaschistische Infoblatt hält mit einer neuen Ausgabe dagegen: Das AIB widmet dem 60. Jahrestag der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur eine Sonderausgabe.

Im Mittelpunkt steht die Frage nach der Zukunft der Erinnerung an die NS-Verbrechen und ihre politische Indienstnahme.

Auch die Antifaschistische Linke Berlin gibt eine eigene Broschüre heraus. Schwerpunkte werden »Gegen Geschichtsfälschung« und »Opfer-entschädigung« sein.

◆ AIB: Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, aib@nadir.org

◆ ALB-Broschüre: RED Stuff, Skalitzer Str.67, 10997 Berlin oder www.antifa.de

Yorck59 bedroht!

Das selbstorganisierte Hausprojekt, die Yorckstr. 59 in Kreuzberg, ist von der Räumung bedroht! Dort arbeiten seit langem Projekte wie die Antirassistische Initiative »ARI«. Der neue Hausbesitzer Marc Walter verdoppelte ohne ersichtlichen Grund die Netto-Kaltmiete und schikaniert die BewohnerInnen. Seit einem Urteil Ende 2004 ist die Räumung faktisch möglich. Mit einem breiten Widerstand, soll der Erhalt des Hausprojektes erreicht werden.

◆ Weitere Infos: www.yorck59.net

Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Auch Polizisten haben Gefühle«

Gewalt fasziniert mich/ fesselt./ Gewalt findet mich,/ löscht./ Gewalt macht geil,/ Gewalt ist grausam/ Gewalt ist gemein und / böse/ und gleichzeitig nötig und Zwang./ Gewalt befriedigt,/ wenn Worte nicht mehr weiterwissen./ Gewalt ist keine Lösung,/ Gewalt ist keine Medizin,/ Gewalt ist blutig sein./ Gewalt ist uns so nah

Schreibt Lareen Röhrig auf der Internetseite: www.polizeipoeten.de. Um ihren Berufsalltag besser verarbeiten zu können, verfassen die Ordnungshüter Gedichte und Geschichten und veröffentlichen diese. Denn auch Bullen haben Gefühle. Das haben wir ja eigentlich immer schon gewusst. Wenn man das sympathische Grinsen sieht, kurz bevor einem der Knüppel durchs Gesicht gezogen wird, denkt man sich schon mal, eigentlich ein ganz netter Kerl. Außerdem sehen die freundlichen Damen und Herren in grün das auch gar nicht so ernst, wie folgender Beitrag der gleichen Autorin zeigt: Wir prügeln auf die Demonstranten ein,/ weil es uns Spaß macht./ Wir hauen noch mal drauf,/ damit's auch wirklich weh tut./ Wir sind halt Schweine,/ die Kindermörder jagen wir nicht,/ weil wir nicht wollen/ und lieber den Parkverstoß ahnden./ Mit Blaulicht fahre/ ich zum Bäcker,/ weil mein Hunger vorgeht,/ der Unfall am Straßenrand/ interessiert mich jetzt nicht,/ die sollen die Wache anrufen,/ aber mich in Ruhe lassen./ Schließlich habe ich besseres zu tun./ Vorm Bäcker steht/ ein Falschparker,/ den mach ich noch zur Sau, so viel Zeit muss sein!/ Und beim Bäcker erzähle ich, wie toll ich bin/ und lass es mir dann schmecken.

Naja, in jeder Ironie steckt auch ein Fünkchen Wahrheit!

Delete the Elite! – Eine Geschichte von Leuchttürmen der Wissenschaft

Das deutsche Bildungungssystem steht vor massiven strukturellen Veränderungen. Teure, maßgeschneiderte Lehre rückt an die Stelle der kostenlosen und umfassenden Bildung. Auf der Strecke bleiben in erster Linie die sozial Schwachen

Exzellenzförderung« ist das Stichwort. Unter diesem Motto will die Bundesregierung »Zentren mit weltweiter Ausstrahlung« schaffen, die »die klügsten Köpfe anlocken«. Welche klugen Köpfe letztlich an diesen Zentren studieren dürfen, entscheiden natürlich nur die Universitäten selbst. Die Lehrinhalte werden derweil stärker an die Ansprüche der Wirtschaft angepasst. Gezielte Konditionierung auf bestimmte Bereiche ersetzt Allgemeinbildung. Anstelle kritischer Geister verlassen schließlich mehr und mehr Fachidioten die »Leuchttürme der Wissenschaft«.

Ja, ja, ja, jetzt wird wieder in die Hände gespuckt

Nach dem für die deutsche Bildungspolitik peinlichen Ergebnis aus den PISA-Studien sehen staatliche Stellen akuten Handlungsbedarf. In den nächsten Jahren möchte die Bundesregierung zehn so genannte Top-Universitäten schaffen und – im Gegensatz zum großen Rest der Hochschulen – großzügig mit finanziellen Mitteln ausstatten. 1,9 Milliarden Euro sollen in den nächsten fünf Jahren in die Förderung der Spitzenforschung fließen. Ziel sei es, »den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken«, schreibt das Bundesbildungsministerium auf seiner Internetseite. Um eine Verbesserung der Qualität der Lehre geht es also nicht.

Nach US-amerikanischem Vorbild sollen an Universitäten mit renommierten Forschungseinrichtungen nur noch die studieren, die bewiesen haben, dass sie zu den Leistungsstärksten der Gesellschaft gehören. Auch an den Schulen soll gehandelt werden. Die Möglichkeiten zur Gründung von teuren, gut ausgestatteten Privatschulen sollen erleichtert werden, um den Kindern einkommensstarker Eltern eine gute Schulbildung zu sichern. Die staatlichen Schulen dürfen hingegen weiter mit viel zu geringen Mitteln vor sich hindümpeln.

Machen wa halt ma' ne Elite

Mit den Eliten ist ein Lieblingskind rechtskonservativer Gesellschaftspolitik wieder hoffähig geworden. In den vergangenen Jahrzehnten war der Begriff Elite in erster Linie negativ besetzt. Er wurde – nicht zu Unrecht – mit Privilegien, Abgehobenheit, Arroganz und Machtanspruch assoziiert. Historisch hatten sich die deutschen Eliten durch ihren Pakt mit dem Nazi-Regime vollkommen diskreditiert.

Im Zuge der staatlich praktizierten Normalisierung der deutschen Verhältnisse können jetzt auch die Eliten wieder zu ihrer alten Geltung gebracht werden. Statt der alten Herkunftseliten ist der Diskurs heute geprägt vom Begriff der Leistungselite. Privilegien, die mit der Zugehörigkeit zur Elite verbunden sind, sollen demnach den Leistungsstärksten der Gesellschaft zu Gute kommen. Doch über die Zugehörigkeit zur Elite entscheidet vor allem die soziale Herkunft, wie man selbst im *Managermagazin* nachlesen kann: »Spitzenpositionen werden in der Regel mit Personen besetzt, die der Persönlichkeit des Entscheiders in Habitus und Schlüsselmerkmalen ähneln. In der Mehrzahl der Fälle führt das dazu, dass die Chefsessel mit Kandidaten aus der bürgerlichen Schicht besetzt werden. Sie erkennen sich untereinander an Umgangsformen, Sprachcodes, einer bestimmten Form der Allgemeinbildung – vor allem aber am souveränen Auftreten.« Wer nach seiner Ausbildung zur Elite, das heißt, den Besserverdienern gehören wird, entscheidet sich also neben der Güte der Ausbildung insbesondere nach dem Sozialverhalten. Die wichtigste Leistung die vollbracht werden muss, ist eine Anpassungsleistung und somit wie eh und je durch die soziale Herkunft bestimmt. Die geforderte Elite wird sich vor allem aus denen rekrutieren, die sich reibungslos in das kapitalistische Verwertungssystem einfügen können und wollen.

Zurück in die Zukunft

Schon seit mehreren Jahren fordern Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) die Einführung von Elite-Universitäten. Hier sollen die zukünftigen Führungskräfte der Wirtschaft ausgefiltert werden. Die Erhöhung der Studiengebühren, sowie die Einführung von so genannten Studienkonten sind probate Mittel, um nur sozial besser Gestellten ein teures Studium zu ermöglichen. Die verfügen schon von Haus aus über die entsprechenden sozialen Kompetenzen, die auf Grund des Mangels an Lehrkräften und Erziehern in Kindergarten und Schule von anderen nicht mehr erworben werden können.

Das an den Elite-Universitäten natürlich nur die Wissenschaften gefördert werden, die sich als wirtschaftlich erweisen, liegt auf der Hand. So wurden auf dem Weg zur Top-Universität schon etliche Fachbereiche geschlossen und Professuren gestrichen. An der Freien Universität (FU) Berlin variiert der Grad der Kürzungen zwischen 20 und 100 Prozent der Professuren pro Fachbereich in den nächsten Jahren. Besonders betroffen sind die Geisteswissenschaften. Institute, die als »nicht wichtig« gelten, sollen sich selbstständig um Drittmittel aus der Wirtschaft kümmern. So geraten sie in finanzielle Abhängigkeit und die Förderer können aktiv auf die Lehrpläne einwirken.

Den Extremfall veranschaulicht ein »innovatives Projekt« der Goethe Business School (GBS) – einer privat finanzierten Institution der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main. In Zusammenarbeit

mit dem Wirtschaftsprüfer-Unternehmen KPMG läuft an der Stätte für die Weiterbildung von Managern im Herbst der berufsbegleitende Studiengang »Master of Finance and Accounting« an. Die Dozenten bei der »maßgeschneiderten Fortbildung« sind Uni-Professoren sowie Lehrbeauftragte von KPMG. Das Unternehmen fördert den von ihm mitgeprägten Studiengang mit rund 250.000 Euro pro Jahr. Das komplette Angebot samt Universitätsabschluss wird zunächst nur für KPMG-Mitarbeiter angeboten. Die GBS will es jedoch in einiger Zeit als kostenpflichtigen »Prämienstudiengang« für alle finanzkräftigen Interessenten öffnen.

Für die Zukunft wird das heißen, dass es einige wenige Universitäten geben wird, die der Ausbildung von Führungskräften dienen und nur denen zugänglich sind, die über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen. Alle anderen werden sich mit den schlecht ausgestatteten »normalen« Universitäten begnügen müssen. Dort wird man dann seinen Bachelorabschluss machen können, der einen zur Ausführung von Handlangertätigkeiten befähigt. Eigenständiges Denken adieu!

»Geh mit mir den Leuchtturm rauf, wir können die Welt von oben sehen« (Nena, Leuchtturm, 1983)

Noch nach den zweiten Weltkrieg nahmen kurzzeitig Wissenschaften wie Politologie, damals als Demokratiewissenschaft verstanden, einen wichtigen Platz in der Gesellschaft ein und wurden für förderungswürdig befunden. Ein kritisches Bewusstsein und das Infragestellen gesellschaftlicher Realitäten standen im Mittelpunkt des Bildungsdiskurses.

Mit der Normalisierung der deutschen Verhältnisse geriet diese Auffassung immer mehr in den Hintergrund. Der momentane Bildungsdiskurs ist geprägt von einem Kosten-Nutzen-Denken. Stichworte wie »Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland« oder »Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Ökonomie« zeugen von einer Einstellung, die Bildung nicht als allgemeines Grundrecht zur umfassenden Entwicklung der Persönlichkeit, sondern lediglich als notwendige Voraussetzung zur wirtschaftlichen Verwertbarkeit von Menschen begreift. Bildung unterliegt in diesem Denken den gleichen Verwertungsinteressen wie andere Produkte des Marktes. Der gegenwärtig dominante Begriff von Bildung hat die allseitige Verfügbarkeit und den leistungsbewussten Mitläufer im Blick.

Will man dies durchbrechen, ist zunächst ein umfassender Bildungsbegriff von Nöten. In einer zunehmend komplexer werdenden Gesellschaft muss Bildung die Menschen zu selbstbestimmtem, verantwortungsbewusstem, emanzipatorischem und solidarischem Handeln befähigen. Solche Bildung setzt Freiwilligkeit, Beteiligung und einen gleichberechtigten Zugang voraus. Was gelehrt werden muss, ist Kritikfähigkeit. Jede neue Erkenntnis fußt auf der Fähigkeit zum Infragestellen des Bestehenden. Gerade in einer immer unübersichtlicher werdenden Informations- und Mediengesellschaft wird die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen, Interessenlagen und Argumentationsstrukturen kritisch zu hinterfragen unverzichtbar. Dies politisch umzusetzen, würde weitreichende Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse bedeuten.

Studiengebühren in Berlin

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am26.01.2005, dass der Bund den Ländern Studiengebühren nicht verbieten darf, ist die Diskussion um Studienkonten oder gar allgemeine Studiengebühren auch in Berlin wieder angeheizt worden. Insbesondere Finanzsenator Sarrazin brachte Gebühren wieder ins Spiel. Laut Koalitionsvertrag des SPD-PDS-Senat sollen »eigentlich« über die bestehenden Gebühren keine weiteren erhoben werden. Bereits im April 2003 – nach Sparplänen des Finanzsenators, die besonders die Hochschulen stark treffen würden – ist die Debatte wieder aufgeflammt.

Berlin erwägt Studiengebühren ab dem Jahr 2006. Die Studenten der Hauptstadt müssen damit rechnen, nach der Abgeordnetenhauswahl 2006 in Berlin Studiengebühren zu zahlen. Der Betrag wird nach seiner Einschätzung auch über 500 Euro liegen, je nach Fach und Renomée der Einrichtung. Die rot-rote Koalition hat Studiengebühren bis zur Wahl ausgeschlossen.

Für den Fall, dass zunächst einige unionsgeführte Länder Studiengebühren einführen, forderte Sarrazin einen Finanzausgleich. Damit bekämen Bundesländer, die Studenten aus anderen Ländern ausbilden, von diesen Ausgleichszahlungen. Berlin stünden nach dieser Rechnung laut Sarrazin etwa 380 Millionen Euro zu. Knapp die Hälfte seiner Studienplätze werden von Nicht-Berlinern genutzt. Er erwarte aber nicht, dass sich alle Bundesländer auf so ein Modell einigen, sagte Sarrazin. Daher rechne er auf Dauer mit Gebühren.

»Studieren ist Luxus, Baby...«

Proteste gegen Gebirgsjägertreffen
Jedes Jahr treffen sich zu Pfingsten im bayrischen Mittenwald mehrere hundert Wehrmachts- und Bundeswehrsoldaten und betreiben sogenannte Traditionspflege. Dieses Jahr werden vom 12. bis 16. Mai linke Aktivisten aus dem ganzen Bundesgebiet in die Gemeinde einkehren. Ziel ist es, den Revanchisten die Feier zu versauen. Initiiert werden die Aktionen u. a. vom »Arbeitskreis angreifbare Traditionspflege«

◆ Infos unter: www.nadir.org/kampagnen/mittenwald

Berliner Antifas in Mittenwald im Mai´04

Noch mehr Telefonüberwachung
Derzeit planen das Innen- und das Justizministerium eine weitere Verschärfung der Telefon- und Internetüberwachung. So sollen alle Verbindungsdaten für die Dauer von einen Jahr gespeichert werden können. Begründet wird dieser drastische Einschnitt des Datenschutzes offiziell mit der Terrorismusbekämpfung. Auch in anderen EU-Ländern laufen ähnliche Vorhaben. Angestrebt wird die EU-weite Speicherung aller Daten wie z.B. E-Mail, Telefon, SMS. Diese gesammelten Daten könnten dann auf Anfrage den einzelnen Sicherheitsbehörden zur Verfügung gestellt werden.

»Kanak Attak bedeutet Ende der Dialogkultur«

Anlässlich der unkritisch und hitzig geführten Debatte über sogenannte Ehrenmorde und der so einsetzenden Hetze gegen Migranten im Allgemeinen, sprach Der *Antiberliner* mit Mark Terkessidis von Kanak Attak, einem Netzwerk von Migranten

Kannst Du kurz erzählen, was Kanak Attak ist und was Ihr so macht?

Kanak Attak ist ein Netzwerk, das vor einigen Jahren aus einem Unbehagen an der klassischen Selbstorganisation von Migranten entstanden ist. Migranten waren überwiegend in ethnischen Gruppen organisiert – wir wollten eine gemeinsame Plattform. Der Begriff »Kanake« schien dafür genau richtig. Diese rassistische Beleidigung sollte ähnlich wie »Nigger« umgedreht und als Ausgangspunkt einer gemeinsamen Mobilisierung benutzt werden. Ein weiterer Punkt betraf die geradezu unheimliche Bereitschaft der Migranten in Deutschland, immer wieder in den nächsten Dialog einzusteigen. Deswegen »Attak«, unsere Devise lautete: »Das Ende der Dialogkultur«.

Aus welchem Kontext heraus ist Kanak Attak entstanden?

Kanak Attak war zu Beginn ein Projekt von Leuten, die meist innerhalb der Linken sozialisiert wurden, aber der Auffassung waren, dass die deutsche Linke die Probleme und Positionen der Migranten weitgehend ignoriert. In Deutschland geht es ja bekanntlich immer ums große Ganze – da stören Migranten mit ihren »Nebenwidersprüchen« nur. Aber Organisationen wie Kanak Attak, die Karawane und The Voice haben im linken Diskurs sicher einiges verändert.

Ihr versucht auch mit Kulturarbeit Akzente zu setzen, wie z.B. Feridun Zaimoglu mit dem Buch »Kanak Sprak« oder euren Projekten an der Volksbühne. Glaubt Ihr nicht, dass Ihr in den kulturelitären Mainstream bereits integriert seid?

Feridun war am Anfang bei Kanak Attak, ist aber wegen Differenzen ausgeschieden. Seine Bücher haben mit der politischen Gruppe Kanak Attak nichts zu tun.

»No Integracion« zeigt Parallelgesellschaften in Deutschland – eine Veranstaltung von Kanak Attak

Anders bei den Sachen an der Volksbühne. Die waren bewusst so platziert, dass sie mainstreamtauglich waren. Wir sind im übrigen kein Mainstream geworden, was man durchaus bedauern kann: Es geht uns ja gerade darum, Migranten als politische Subjekte in der Gesellschaft möglichst breit sichtbar zu machen. Gegen die Gefräßigkeit des Kulturbetriebs setzen wir übrigens Theorieproduktionen und politische Positionen wie in der »Legalisierungskampagne« sowie autonome Kulturproduktionen – wie mit den Filmen bei »Kanak TV«.

Teile der Konservativen meinen, dass Ihr durch die Sichtbarmachung der »Kanaken« die gesellschaftliche Ausgrenzung reproduziert und eine Integration so verhindert…?

Wir haben schon Kanak-Attak-Veranstaltungen gemacht, wo das Motto lautete: »No Integracion«. Gerade bei der derzeitigen Debatten ist klar geworden, dass »Integration« ein Begriff ist, der die Ausgrenzung nur verstärkt: Da es keine klaren Kriterien für Integration gibt und es vornehmlich um Kultur geht, wird der Abstand immer wieder hergestellt, der doch angeblich überwunden werden soll. Es gibt zwar Diskussionen über »Parallelgesellschaften«, aber keine Debatten darüber, dass gerade zehntausende Deutsch-Türken wieder ausgebürgert werden oder dass die Arbeitslosigkeit unter Migranten in Nordrhein-Westfalen bei 29,5 Prozent liegt. Und es wird über »Ehrenmorde« gesprochen, aber nicht über die krasse Diskriminierung von Migranten im Bildungsbereich. Wir brauchen doch Migranten gar nicht sichtbar zu machen. In Deutschland sind sogenannte Ausländer oder Fremde permanent sichtbar.

Es geht darum, aus dieser Sichtbarkeit ein politisches Projekt zu gewinnen – Migranten sollen sich selbst repräsentieren. Und ich habe ja eben schon gesagt: Mit diesen Ansätzen hat die Linke in Deutschland teilweise immense Probleme. Darüber hinaus gibt es in letzter Zeit Gruppen, die sich selbst für links halten, die aber gerade in ihrem rhetorischen und polemischen Kampf gegen »den Islam« selbst – und zwar ganz eindeutig - rassistisch geworden sind.

◆ aktuelle Aktionen und weitere Links findet ihr unter: www.kanak-attak.de

Wehrhaft für die Weltöffentlichkeit

Odin und seine Scheiße wird am 8. Mai in Berlin nicht punkten

Unnötige Gesetzesverschärfung und scheinheiliger Aktionismus stehen vor effektiver Basisarbeit gegen Rechts

Die sächsische Landesregierung stand unter Zugzwang. »Bombenholocaust« hatte die NPD-Fraktion im Parlament die Angriffe alliierter Flieger auf Dresden am 13. Februar 1945 genannt. Die schwarz-rote Landesregierung war genötigt, sich kritisch zum einseitigen Gedenken an die Bombennacht zu äußern. So antwortete SPD-Fraktionschef Cornelius Weiss auf die gezielte Provokation von rechts. Deutsche Bomber seien die ersten gewesen, die das »Flächenbombardement auf eine Innenstadt als Teil der strategischen Luftkriegsführung« praktizierten, sagte er. Das Grauen habe sich mit den Vernichtungslagern noch gesteigert. Am Ende sei das Feuer in das Land der Brandstifter zurück gekehrt.

Solche Töne waren in Dresden bislang selten. Man sah sich eher in der Rolle der Opfer.

In diesem Jahr ist das jedoch anders. Nachdem es die NPD im September 2004 mit mehr als neun Prozent der Wählerstimmen in den Landtag Sachsens geschafft hatte, »schaut die ganze Welt« auf das braune Treiben in der Elbmetropole, wie viele Landes- und Bundespolitiker warnten. Das ist womöglich auch der Grund, weshalb erstmals keine klatschenden Dresdner am Rand standen, als NPD-Fraktionschef Udo Voigt und sein Vize Holger Apfel mit 5000 Gleichgesinnten am 13. Februar mit Fackeln durch die Straßen marschierten. Im Gegenteil: Mehrere zehntausend erteilten den Neonazis mit Kerzen »eine Absage« – für die Weltöffentlichkeit.

Übereilte Aktionen

Eine Neuauflage des »Aufstands der Anständigen« bleibt derweil aus. Aktionismus auf der Straße – wenn auch sinnentleert – wie im Sommer 2000 – hat die Bundesregierung offenbar nicht mehr nötig. Unter dem Slogan »wehrhafte Demokratie« ist die Antwort auf Rechtsextremisten vielmehr die übereilte Einschränkung von Grundrechten: Zwei Monate vor dem 60. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai beschloss der Bundestag mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen die Verschärfung des Versammlungsrechts. Demnach sollen an historisch herausragenden Gedenkstätten Versammlungen künftig verboten werden können, wenn die Würde der Opfer des Nazi-Regimes beeinträchtigt wird. Der Schutz des Holocaust-Mahnmals in Berlin ist dabei im Bundesgesetz verankert. Andere Orte werden in den Landesgesetzen festgelegt.

Fehlende Diskussion

Die Gesetzesverschärfung wäre nach Ansicht vieler Juristen nicht nötig gewesen: Nazi-Aufmärsche an sensiblen Orten hätten schon mit den vorhandenen Regelungen verboten werden können. Auch ersetzt die Initiative keine gesellschaftliche Diskussion, sondern zieht einen Schlussstrich unter die Debatte, wie Kritiker bemängeln. Der Schnellschuss droht indes, bald zur Blamage zu werden: Das Gesetz könnte bei Klagen der Rechtsextremisten vor Gericht ebenso Scheitern wie das NPD-Verbotsverfahren. Den Neonazis dürfte das wiederum einen Aufschwung bringen.

Während Aktionismus gegen rechts betrieben wird, fallen der Sparpolitik zuweilen auch Organisationen zum Opfer, die täglich rechter Gewalt entgegentreten. Brandenburgs Justizministerin Beate Blechinger (CDU) will den Rotstift unter anderem bei der »Opferperspektive« ansetzen, die Opfern rechter Gewalt zur Seite steht. Der Zeitpunkt kann kaum unpassender sein, stieg die Zahl rechtsmotivierter Gewalttaten im vergangenen Jahr in Brandenburg doch um 13 Prozent auf insgesamt 134 – ein neuer Negativrekord. Gestrichen werden sollen die 32 000 Euro, mit denen das Land das Projekt bislang unterstützt hatte. Von Kürzung bedroht sind zudem die Zuschüsse für das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg sowie für das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Landesmittel für Neonazis in Sachsen

Die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag setzt auf die Festigung ihrer Strukturen. Bis Sommer will die NPD in Sachsen eine parteinahe Stiftung gründen – finanziert mit Steuergeldern. Allen Parteien im Landtag stehen jährlich insgesamt 770.000 Euro für solche Aktivitäten zur Verfügung. Die NPD-Fraktion plant, davon 100.000 Euro im Jahr zu beantragen. Mit finanziellen Zuschüssen und einer festen Struktur im Rücken will die NPD schließlich ihr nächstes Ziel in Angriff nehmen: Den Einzug in den Bundestag 2006.

Kameradschaften aus Berlin verboten

Die Treptower »Berliner Alternative Süd-Ost« (BA-SO) und die Lichtenberger »Kameradschaft Tor« mit ihrer »Mädelgruppe« sind im März vom Innensenator Erhart Körting (SPD) verboten worden. Sie galten als die aggressivsten und aktivsten Neonazigruppen in Berlin. Bei einer Hausdurchsuchung wurden diverse Utensilien gefunden, die den Nationalsozialismus verherrlichen. Antifaschistischen Gruppen ist die BA-SO schon vor einiger Zeit ausgefallen. Über die Gruppe gibt es eine ausführliche Broschüre mit Bildern, Fakten und einer Chronik. Zu bestellen unter: suedostbote@web.de

Nazis getrennt am 1. Mai

Nach dem Wahlerfolg der NPD kündigten Neonazis eine Einheitsfront von rechts an. Am 1. Mai geschieht das Gegenteil

Einheitsfront von rechts« kündigte Udo Voigt, der Parteivorsitzende der NPD, großmäulig an. Dass diese Einheitsfront, auf Grund Machtgerangels und politischer Interessen innerhalb der Neonaziszene, nicht funktionieren kann, beweisen die »vereinigten« Rechten am 1. Mai. Bereits im November vergangenen Jahres kündigte die Ikone der freien Kameradschaften, Christian Worch, an, dass er am 1. Mai durch Leipzig will, und dass, wer jetzt woanders marschiert, ein Spalter sei. Die NPD und ihre Jugendverbände ließen nicht lange auf sich warten und meldeten zwei Aufmärsche in Nürnberg und Worms an. Weitere Anmeldungen der Kameradschaften folgten. Antifaschistische Gruppen aus Berlin bzw. dem ganzen Bundesgebiet rufen nun zu Gegenaktionen auf. Die Berliner Antifagruppe »Antifa Weissensee ließ gegenüber dem Antiberliner verlauten: »Egal, wo Faschisten am 1. Mai laufen wollen, wir werden da sein und das verhindern ...«.

◆ Eine Sammlung von Gegenmobilisierungen werdet ihr demnächst auf der Homepage www.antifa.de finden.

1. Mai - Mayday 2005
Mailand, Barcelona, Helsinki, Dublin, Amsterdam, Wien, Paris und zum ersten Mal in Hamburg. Das sind die Stationen des Euromayday 2005, der am 1.Mai europaweit stattfindet. Mit einer Parade auf der Straße sollen gesellschaftliche Konfliktfelder wie Prekarisierung, Ausbeutung, Abschiebungen angegriffen und in einen gesamteuropäischen Kontext gesetzt werden. In Hamburg wird der Euromayday um 13 Uhr am Michel beginnen...

◆ Infos unter:
www.euromayday.org
http://nadir.org/nadir/kampagnen/euromayday-hh

Nakamveranstaltung und Party im HAU
Am 6. Mai findet eine Veranstaltung und Party der alb im Hebbel-Theater statt. Die Veranstaltung stellt das Buch »Nakam- Jüdische Rache an NS Tätern« vor. Es handelt von Rachepläne und Aktionen jüdischer Holocaust-Überlebender nach Kriegsende. Die Autoren dokumentieren die Motive und Konzepte dieser »Rächer«-Gruppen. Dafür führten sie Gespräche mit ehemaligen »Rächern« und werteten unbekannte Dokumente aus. Die Pläne und Aktionen der »Rächer-Gruppen« reichten vom Eindringen in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess und der Liquidierung der Hauptkriegsverbrecher, der Verfolgung flüchtender SS-Männer. Danach gibt es eine Befreiungsparty mit Vodkarutsche und Russendisko.

◆ www.hebbel-am-ufer.de

»Der Kommerzvorwurf ist uns so etwas von egal«

Die Skatepunkband ZSK kommt ursprünglich aus Göttingen, macht seit 1997 politischen Punkrock und wohnt seit 2002 in Berlin. Joshi, 23, ist Frontmann und beantwortet die Fragen vom Antiberliner gewissenhaft

ZSK – wahre Antiberliner

Warum macht ihr politischen Punkrock? Texte gegen Abschiebung, Nazis, Polizeigewalt ...

Bei Punk kommt man ja an Politik nicht vorbei. Und die Lieder von uns spiegeln die Sachen wider, die wir gut finden oder die uns wütend machen – zum Beispiel Nazis. Gegen Nazis sollte bei Punkrock vom Verständnis her ja eh Voraussetzung sein. Aber auch gegen Abschiebung, gegen Diskriminierung und für Tierrechte.

Wie sieht euer idealer Fan aus?

Grundsätzlich freuen wir uns einfach über alle Leute, die zum Konzert kommen. Und wir finden's auch überhaupt nicht schlimm, wenn sie sich nicht wirklich für diesen politischen Inhalt interessieren, wir wollen da auch niemanden zu irgendwas zwingen. Aber natürlich freuen wir uns immer, wenn wir e-mails kriegen von Leuten, die über Texte von uns angeregt worden sind, über irgendetwas nachzudenken. Das passiert häufig. Andererseits finden wir es auch toll, Leute in ihrer Meinung zu bestätigen: Wenn wir zum Beispiel im Osten in einem kleinen Kaff spielen und du sagst auf der Bühne, dass du Nazis Scheiße findest und dass es toll ist, wenn ein Naziaufmarsch gestoppt wird, und wenn Nazis aufs Maul kriegen. Das finden die super, wenn das mal eine Band sagt.

Im Mai tourt ihr ja mit den Toten Hosen in Rostock, Magdeburg und Bremerhaven. Was entgegnet ihr dem Vorwurf, jetzt kommerzialisiert ihr euch ja?

Dieser Kommerzvorwurf ist uns so etwas von egal. Wir haben immer gesagt, dass wir von Anfang an mit der Band Vollgas geben, soviele Konzerte zu spielen, wie geht, und natürlich musst du irgendwann Kompromisse eingehen. Aber ich seh da nicht so einen Wiederspruch drin. Wir halten´s da mit Jello Biafra von den Dead Kennedys: »Don't hate the media, become the media«. UnserVideo läuft jetzt auch beiViva öfter und wir haben da überhaupt kein Problem mit. Es gibt viele gute Beispiele von Bands, die unglaublich groß geworden sind und ihren politischen Idealen treu geblieben sind wie zum Beispiel rage against the machine.

Wenn ihr jetzt eine Anfrage von der Bundesregierung für den 8. Mai bekommt, ein Konzert auf der Bühne am Brandenburger Tor zu geben – was macht ihr?

Solche Sachen – das war noch nie was für uns, dieser Aufstand der Anständigen gegen Extremismus. Und ich hätte auch keinen Bock irgendwo ein Konzert zu spielen, wenn die Nazis woanders rummarschieren. Außerdem haben wir die grundsätzliche Abmachung in der Band, nie für irgendeine Partei zu spielen. Die Jusos aus irgendwelchen kleinen Städten fragen auch immer an, ob wir nicht für die spielen wollen und dann sagen wir immer: Leute, solange im SPD-regierten Berlin noch Menschen im Abschiebeknast sitzen und da draufgehen, könnt ihr uns am Arsch lecken.

◆ www.skatepunks.de
ZSK Konzert in Berlin am 16.4. in der Alten Feuerwache.
Mehr dazu unter:
www.treptowerantifa.de

Das aktuelle Album von ZSK

Nachruf: